Dresdner Volkszeitung

Postscheckamt: Leipzig. Konto-Nr. 29813.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst vierteljährlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.30 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 27. | Dresden, Freitag den 1. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Der Parteiausschuß über den Streik.

Zusammenstöße in Berlin.

Kundgebung des sozialdemokratischen Parteiausschusses.

Der Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat am Montag in Berlin getagt. Es fand auf Grund der Berichterstattung des Parteivorstandes eine umfassende Beratung über die gegenwärtige Lage statt. Sämtliche Landesteile waren durch die Bezirksdelegierten vertreten, abgesehen von den Bezirken, die die telegraphische Einberufung nicht zur rechten Zeit erhalten hatten.

Der Parteiausschuß faßte das Ergebnis seiner Beratungen in folgender Kundgebung zusammen:

I.

Der Parteiausschuß stellt fest, daß sich die gegenwärtige Streikbewegung nicht gegen die Landesverteidigung richtet und nicht Ziele eines feindlichen Imperialismus fördern will. Sie ist aus einer tiefen Mißstimmung entstanden, die durch die Ernährungsschwierigkeiten und den Druck des Belagerungszustandes hervorgerufen wurde. Das Treiben der Reaktion im preußischen Dreiklassenhause, das auf die Verhinderung der preußischen Wahlreform gerichtet ist, das herausfordernde Auftreten der sogenannten Vaterlandspartei und die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage haben diesen Stimmungsdruck verschärft. Da alle Ratschläge und Warnungen der Sozialdemokratischen Partei ungehört verhallten, wurde ein Ausbruch dieser Volksstimmung unvermeidlich.

Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter beider Fraktionen in die Streikleitung war die volle Gewähr dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten

und sie rasch, ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluß zu bringen.

Voraussetzung war, daß die Regierung auf Gewaltmaßregeln verzichtete und Forderungen erfüllte, die von einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung als berechtigt anerkannt werden.

Statt diesen Weg zu gehen, hat die Regierung unter kleinlich formalistischen Vorwänden Verhandlungen mit den Arbeitervertretern der Streikenden abgelehnt. Sie hat zugleich geduldet, daß ihr nachgeordnete Organe mit erbitternden Unterdrückungsmaßregeln gegen die Bewegung vorgingen. Das Versammlungsrecht wurde vollständig unterdrückt, der Vorwärts verboten, schließlich der gewählten Streikleitung jede Betätigung untersagt. Die Folge davon ist, daß sich der Streik explosivartig auf immer neue Gruppen ausdehnt, und daß er auf immer neue Orte überspringt, jeder Regelung und Kontrolle entbehrend.

Die Verantwortung für diese Entwicklung der Dinge trifft jene Stellen, die sich vor Ausbruch des Streiks und während seiner Dauer beharrlich geweigert haben, die Stimme der Vernunft zu hören, und deren Politik offensichtlich auf die Erzwingung eines Macht- und Gewaltfriedens gegen die eigene Bevölkerung hinsteuert.

Die Sozialdemokratische Partei hat die Sache der Landesverteidigung gegen feindliche Eroberungsabsichten niemals verlassen. Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet durch die politische Einsichtslosigkeit derer, die den Krieg zu kriegsverlängernden, vom Volke nicht gebilligten Zielen führen wollen, die dem Volk versprochene Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck mit verstärktem Druck beantworten. Darum müssen sich heute alle Kräfte vereinigen, um eine Abkehr von dem verhängnisvollen Kurs herbeizuführen, im Interesse der Selbsterhaltung unseres Volkes und eines baldigen, gerechten Friedens.

II.

Der Parteiausschuß fordert die Reichsregierung auf, sich in eindeutiger Weise zu erklären:

1. für die ausgleichigere Lebensmittelversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände bei den Erzeugern und in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungsklassen;

2. für ihre Bereitwilligkeit, baldigst den Belagerungszustand aufzuheben, sofort aber alle das Vereins- und Versammlungsrecht sowie die freie Meinungsäußerung durch die Presse einschränkenden Bestimmungen zu beseitigen;

3. für die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe;

4. daß sie entschlossen ist, die schnellste Durchführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern;

5. daß sie bereit ist, zu einem allgemeinen Frieden ohne offene oder verschleierte Annexionen und Kontributionen auf Grund des nach demokratischen Grundsätzen durchzuführenden Selbstbestimmungsrechts der Völker.

* * *

Wir begrüßen diese Kundgebung des Parteiausschusses. Sie gibt eine zutreffende Darstellung über die Ursachen der Ausstandsbewegung und zeigt den Ausweg aus der jetzigen verworrenen Lage.

Die Sozialdemokratische Partei hat den Streik nicht gewollt und nicht gewünscht. Sie hat schon im vorigen Jahre, als sich Ansätze zu Streikbewegungen zeigten, den Arbeitern das Bedenkliche solchen Vorgehens vorgestellt. Auch in der jetzigen Zeit könnte eine Streikbewegung nur dann die Zustimmung der Sozialdemokratie finden, wenn sie in allen kriegführenden Ländern gleichzeitig und gleichmäßig auf die Beendigung des Krieges durch einen allein billigen Frieden drängen würde. Ein Streik, der bei uns allein geführt wird, unser Rüstungswesen hemmt und innere Schwierigkeiten schafft, würde unseren Feinden Nutzen bringen, was unbedingt vermieden werden muß.

Die Sozialdemokratie hat aber gleichfalls seit Jahr und Tag die Regierungen und die herrschenden Klassen eindringlich gemahnt, den Forderungen gerecht zu werden, die die arbeitenden Massen mit Recht in dieser für sie besonders schweren Zeit stellen dürfen. Leider haben unsere Mahnungen und Warnungen nicht immer den nötigen Erfolg gehabt. Die schweren Mängel und Ungerechtigkeiten im Ernährungswesen sind nicht mit der erforderlichen Energie bekämpft worden. Dazu ist seit mehreren Monaten in immer steigendem Maße im Volke der Eindruck hervorgerufen, daß die leitenden Kreise auch in den großen Fragen von Frieden und Freiheit die gegebenen Versprechungen nicht ernst nehmen.

Die Politik des Verständigungsfriedens, wie sie die Reichstagsmehrheit im Juli 1917 aufstellte, sowie die Zusage des gleichen Wahlrechts in Preußen haben die innere Front des deutschen Volkes gegenüber der Eroberungspolitik der Entente gut gesichert. Dann aber trat die „Vaterlandspartei" auf, die in gehässigster Weise den Unfrieden säte, die die günstige Entwicklung auf den östlichen und südlichen Kriegsschauplätzen zu einer Kursänderung der deutschen Politik auszunutzen suchte. Die preußische Reaktion trat auf den Plan, um das vom König von Preußen feierlich zugesagte gleiche Wahlrecht zu durchkreuzen. Die Reichsleitung unter dem neuen Kanzler Grafen Hertling aber zeigte gegen alle diese reaktionären Treibereien keine feste Hand. Mancherlei Zeichen schienen vielmehr darauf hinzudeuten, als ob sie in geheimem Einverständnis mit den Eroberungspolitikern stehe. Die Art, wie die Verhandlungen in Brest-Litowsk geführt, verstärkte die Zweifel, ob seitens der Reichsleitung alles getan werde, um zu einem ehrlichen Verständigungsfrieden zu gelangen und um, wenn es irgend möglich, neue blutigste Kämpfe im Westen zu vermeiden.

Aus allen diesen Ursachen ist die Stimmung in den Arbeiterkreisen, die Jahre hindurch mit größter Aufopferung Heroisches geleistet haben, tief herabgedrückt worden. Wenn diese Mißstimmung sich schließlich in einer Ausstandsbewegung entladen hat, so liegt die Schuld nicht bei der Arbeiterschaft, am allerwenigsten bei der Sozialdemokratie, sondern bei der volksvergiftenden „Vaterlandspartei" und der bösartigen Reaktion, die den Männern, die das Vaterland gerettet haben, das gleiche Wahlrecht verweigert.

Auch jetzt glaubt diese Reaktion die nun einmal ausgebrochene Bewegung mit Gewaltmitteln kurieren zu können. Und die alldeutsche Presse, wie sie nach außen mit Gewalt herrschen will, so treibt sie im Innern die Regierung zu Gewalttätigkeiten an. Diese Presse kann ihre Freude nicht verbergen, daß, wie sie vermeint, die Zeit des „Entgegenkommens an die Sozialdemokratie" vorüber ist und wo die Militärdiktatur auf der ganzen Linie obsiegen soll.

Traurig wäre es um unsere Zukunft bestellt, wenn die Reichsleitung in diesen krisenhaften Tagen sich in das Schlepptau dieser Scharfmacher nehmen läßt. Man mag es erreichen, daß die jetzige Streikbewegung sich schnell wieder verläuft und daß die Gewalt triumphiert. Aber nur vollendete Kurzsichtigkeit kann verkennen, daß das ein übler Triumph und nur ein kurzfristiger Scheintriumph sein kann. Mit Zwangsmaßnahmen würde man nur erreichen, daß der Groll im Volke immer tiefer frißt. Das aber kann niemand wollen, der diesen furchtbaren Krieg nach soviel schweren Erlebnissen zu einem guten Ausgang für unser Land und unser Volk geführt wissen will.

Die vom Parteiausschuß beschlossenen Forderungen sind geeignet, die Dinge zum Besseren zu wenden.

Zu einem Artikel des Vorwärts, der heute früh wieder erschienen ist, heißt es:

Der Beschluß, dessen sofortige Einberufung von der Sozialdemokratischen Fraktion beantragt ist, werden die Ereignisse der letzten Tage von allen Seiten kritisch erörtert werden. Eine solche Aussprache, in der alle Meinungen frei zu Worte kommen, scheint uns eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Mittel zu sein, die vorhandenen starken Spannungen zur Entkrampfung zu bringen. Wir stellen anheim, den Wunsch nach einer möglichst raschen, möglichst gründlichen und darum vertraulichen Aussprache im Reichstag an die Spitze unserer Erörterungen.

Aber alles vorausgesetzt, was im Reichstag gesagt werden muß und gesagt werden wird, so bleibt doch noch eine andere Seite der Angelegenheit bestehen, deren Besprechung keinen Aufschub duldet. Die Bewegung darf nicht um ihren eigentlichen Charakter und ihren eigentlichen Zweck gebracht werden durch kulturfeindliche Vorgänge. Die arbeitende Bevölkerung muß die äußerste Selbstbeherrschung wahren. Denn so dringend zu wünschen ist, daß die Ereignisse der letzten Tage zu einem guten Ende führen und daß die Regierung der unzweifelhaft vorhandenen Massenstimmung Rechnung trägt, so wenig wird von irgendeiner politischen Partei gewünscht, daß sie die innere Auflösung und den Bürgerkrieg zur Folge haben sollen. Wir wollen, die Regierung möge erkennen, wo im Kampf um den Machtfrieden oder den Verständigungsfrieden die wirkliche Masse der Bevölkerung steht. Wir wollen aber nicht feindliche Imperialisten in ihrer Hoffnung bestärken, daß es möglich sei, durch ein längeres Hinausziehen des Krieges ihre Absichten zu verwirklichen. Die gegenwärtige Bewegung soll die Landesverteidigung nicht treffen, will sie nicht treffen und wird sie nicht treffen, wenn ihre Interessen auch von seiten der Regierung und der Behörden richtig wahrgenommen werden. Dann darf aber die Regierung nicht scharfmacherischen Einflüssen Gehör geben.

Man hat im Zusammenhange damit auch schon die Frage aufgeworfen, wie sich in Zukunft das Verhältnis der Parteien zueinander stellen wird. Auch diese Frage wird erst im Reichstag ihre endgültige Klärung finden, wo dann auch die Sozialdemokratische Fraktion ihre Stellung zur gegenwärtigen Bewegung nach allen Seiten frei erörtern wird. Heute kann nur so viel gesagt werden, daß die Sozialdemokratische Fraktion und Partei, ihrer geschichtlichen Herkunft und ihrem ganzen Lebenszweck entsprechend, treu zur arbeitenden Bevölkerung stehen wird. Wenn dieses Treueverhältnis unter den gegenwärtigen Umständen zu einem veränderten Verhalten der bürgerlichen Parteien ihr gegenüber führen sollte, so wird sie das zu ertragen wissen, sie würde damit doch nur zu dem Zustand zurückkehren, in dem sie ihre gegenwärtige achtunggebietende Stärke erlangt hat.

Bei der Regierung aber liegt es, binnen allerkürzester Frist die Schadenfreude der feindlichen Sensationspresse zu verscheuchen, die von einem „Zusammenbruch der Mittelmächte" spricht. Solche Zusammenbrüche sind im Verlauf dieses langen Krieges bekanntlich auf beiden Seiten viel häufiger angekündigt worden, als sie eingetreten sind. Was wir erleben, ist nicht Deutschlands Zusammenbruch. Was wir aber alle erstehen wollen, das ist Deutschlands Auferstehung zu Frieden und Freiheit aus den Fesseln des Krieges und der bedrückenden Zustände, die er im Gefolge hat, aus den verhängnisvollen Vorstellungen jener Kreise, die außen und innen alles Heil nur von der rücksichtslosesten Anwendung der gegebenen Machtmittel erwarten.

Arbeiter Berlins, Arbeiter Deutschlands, hört auch in schwerster Zeit nicht auf, für diese Auferstehung zu wirken. Wahrt die Besonnenheit, seid euch eurer Kraft und Würde bewußt, bleibt stolz und zuversichtlich, trotz alledem!

*

Die Streikbewegung im Dresdner Gebiet

hat gestern nachmittag und heute eine weitere Ausdehnung erfahren. Im ganzen sind nunmehr 9 Betriebe und rund 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen von den Ausständen erfaßt. Im Plauenschen Grunde fand gestern eine Versammlung der Streikenden statt, die sich den in Berlin aufgestellten Forderungen anschloß. Diese Forderungen sollen durch eine Deputation, die aus vier Streikenden und je einem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen zusammengesetzt wurde, der Regierung gegenüber vertreten werden.

*

Teilstreiks in Leipzig.

Leipzig, 31. Januar. Wie das Stellvertretende Generalkommando bekannt gibt, ist ein kleiner Teil der Leipziger Rüstungsarbeiter in einen Teilstreik eingetreten. Die Deutschen Flugzeugwerke G. m. b. H. in Leipzig-Lindenthal, die ebenfalls vom Streik betroffen sind, werden durch eine Verordnung des Kommandierenden Generals bis auf weiteres in militärische Leitung übernommen. Alle wehrpflichtigen Personen müssen die Arbeit auf Grund ihrer Wehrpflicht fortsetzen. Allen übrigen dort beschäftigten Personen ist auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes die Niederlegung der Arbeit ohne Genehmigung des militärischen Leiters verboten worden.

Zusammenbruch neuer italienischer Angriffe

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 1. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Erkundungsabteilungen brachten aus den englischen Stellungen in Flandern Gefangene und Maschinengewehre zurück.

Bei dichtem Nebel blieb die Feuertätigkeit an der ganzen Front gering.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asiago lebhafter Artilleriekampf.

Vom Monte di Val Bella und Col del Rosso aus setzten die Italiener vierzehn starke Kräfte zu neuen Angriffen an. Sie brachen jedesmal im Feuer vor den österreichisch-ungarischen Stellungen zusammen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180201/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG